

Stillstand der politischen Vernunft? Barack Obama, Angela Merkel und die Absage an die Anerkennung Palästinas

von Reiner Bernstein*

Die Würfel sind gefallen. In Washington haben der amerikanische Präsident und die deutsche Bundeskanzlerin palästinensischen Plänen die endgültige Absage erteilt, im September bei den Vereinten Nationen die förmliche Anerkennung des Staates Palästina zu unterstützen. Beide setzen weiterhin auf Verhandlungen, obwohl die Chancen für einen Staat Palästina von Woche zu Woche zu schwinden drohen. Merkels Beschwörung der einzigartigen Freundschaft zu Amerika glich fast wortgleich Netanjahus demonstrativem Bekenntnis vor zwei Wochen am selben Ort.

Die Führung in Ramallah reagierte umgehend mit einem internen Streit, welchen politischen Sinn der Weg nach New York denn noch habe: Ohne die Unterstützung der USA und der Bundesrepublik erscheint ihr der Antrag aussichtslos, selbst im Falle einer großen Mehrheit in der UN- Vollversammlung. Auch für Tony Blair, der vom Nahost-Quartett eine aktive Politik in der Region verlangte, soll die Diplomatie vor den Toren des israelisch-palästinensischen Konflikts haltmachen: Wenn die Regierung in Jerusalem durch die Instabilität und die Unwägbarkeiten in der arabischen Welt beunruhigt sei, habe er dafür Verständnis. Dabei entging ihm in der Eile die stolze Ansage Ehud Baraks, sein Land sei im Umkreis von 1000 Meilen jeder Bedrohung gewachsen. Oder hat der frühere britische Premier Angst vor den arabischen Reformbewegungen? Ihren Protagonisten steht das innenpolitische Hemd viel näher als der außenpolitische Rock.

* Abgeschlossen am 10.06.2011.

Noch im Mai wollte sich das Auswärtige Amt in Beantwortung einer Kleinen Anfrage der SPD-Fraktion die Zeit lassen, bis zum Herbst über ihre Entscheidung in New York zu befinden. Dabei konnte Frank-Walter Steinmeier dem frühen Nein der Kanzlerin die rhetorischen und substantiellen Ermutigungen vorhalten, mit denen die Bundesregierung die Planungen für den palästinensischen Staat begleitet. All dies soll nun nicht mehr gelten, und im Umgang mit politischen Vertrauensverlusten hat man schließlich Erfahrung. Schließlich ist doch die Bereitschaft zu materiellen Kompensationen ungebrochen...

Wer seine Hoffnungen auf neuerliche Verhandlungen setzt, will den Diplomaten die Zumutung ersparen, einen Blick in die Aktenschränke und Dossiers der vergangenen Jahrzehnte zu werfen. Dann nämlich dürfte es ihm wie Schuppen von den Augen fallen, dass solches Zutrauen die machtpolitische und die humanitäre Asymmetrie so verschärft hat, dass mittlerweile das Eingeständnis zur Tagesordnung gehört, der Status quo sei unhaltbar. Die Bundesregierung beschleicht die Ahnung, dass der „Siedlungsbau ... eine Zwei-Staaten-Lösung schon bald unmöglich machen“ könnte. Darauf ist nach den jüngsten Auftritten Netanjahus in der amerikanischen Hauptstadt mehr denn je Verlass. Freie Bahn dem Tüchtigen.

Palästinensische Optionen

Natürlich wird die Proklamation eines Staates Palästina die Besatzungspolitik nicht automatisch beenden. Natürlich werden die Palästinenser in der Westbank auf absehbare Zeit in ihrer Bewegungsfreiheit beschränkt bleiben, und natürlich wird die israelische Politik die Erweiterung der Siedlungen in der Westbank und den Ausbau in Ost-Jerusalem vorantreiben, auch wenn in der „unteilbaren Stadt“ nach den Worten des Knesset-Präsidenten

Reuven Rivlin nicht einmal die Postwege von West nach Ost und umgekehrt ordentlich funktionieren.

Aber: Die internationale Anerkennung Palästinas würde einer palästinensischen Regierung neue Optionen eröffnen. Denn nunmehr lässt sich der israelische Tatendrang in den palästinensischen Gebieten vor den Gremien der Vereinten Nationen und beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verhandeln. Die These von der Delegitimierung Israels, die implizit den Anspruch auf die Westbank und auf Ost-Jerusalem als Teil der eigenen Innenpolitik zu bestätigen sucht und als „die Strategie des juristischen Exceptionalismus“ bezeichnet wurde (Michael Lynk)¹ –, würde in sich zusammenfallen.

Ist in beiden Hauptstädten klar, dass die Frustration und der Zorn unter den Palästinensern über die verweigerte nationale Ebenbürtigkeit populäre Narrative und wissenschaftsorientierte Publikationen rasend schnell befördert hat, die den politischen Zionismus seit der Balfour-Deklaration 1917 und die Gründung des Staates Israel 1948 als den unerträglichen Fehltritt der Kolonial- und Imperialgeschichte verurteilt? Schon in absehbarer Zeit könnte die Stunde schlagen, zu der es nicht mehr um die zwei Staaten diesseits und jenseits der Grenzen von 1967, sondern um die numerische Parität („one man – one vote“) geht.

Rashid Khalidi, renommierter amerikanisch-palästinensischer Historiker, hat der Washingtoner Pressekonferenz Obamas und Merkels etwas Gutes abgewinnen wollen: Die Palästinenser und die Araber sollten endgültig die krankhafte Vorstellung über Bord werfen, von der amerikanischen Diplomatie durch Anbiederung irgendeinen Gewinn zu erwarten. Wenn das, was in dieser Woche geschah, nicht dem einfältigsten Palästinenser glasklar geworden sei, dann seien Hopfen und Malz verloren².

Die von Yasser Arafat 1994 schnöde beiseite bugsierte Hanan Ashrawi hat der palästinensischen Führung ergänzend empfohlen, „eine ganz andere Botschaft“ auszusenden: „Sie“ – der Präsident und die Kanzlerin – „dürfen kein besetztes Volk der Gnade jener ausliefern, die es besetzt halten und die einseitig in Verletzung des internationalen Rechts handeln, indem sie fortwährend Häuser zerstören, Land annektieren, Siedlungen bauen, Apartheid-Mauern errichten und die [Gültigkeit von] Personalausweise[n] widerrufen³.“

Bis die verstärkte Orientierung Europas auf den Süden und Osten des Mittelmeerraums auch den israelisch-palästinensischen Konflikt erreicht, dürften noch viele Verirrungen zu beklagen sein, obwohl die Zahl dringlicher Erklärungen namhafter Politiker, Autoren und Intellektueller aus aller Welt zugunsten einer schnellen Friedenregelung ständig wächst.

¹ Michael Lynk: Down by Law: The High Court of Israel, International Law, and the Separation Wall, in „Journal of Palestine Studies“ # 137 XXXV(Autumn 2005)1, S. 6 ff.

² Rashid Khalidi: A Good Week for Bibi, a Bad Week for Barack, an Opportunity for the Palestinians, via www.jadaliyya.com 26.05.2011.

³ PLO leader slams US, German stance as counterproductive, via www.maannews.net 08.06.2011.